



Streikinfo für Eltern

Liebe Eltern,

viele von Ihnen werden das aus eigener Erfahrung am eigenen Arbeitsplatz wissen: Ein Streik hat nichts damit zu tun, dass man sich vor der Arbeit drücken will. Es ist immer die starre Haltung der Arbeitgeber, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zwingt, auf den Streik als letztes Mittel zurückzugreifen. Wenn die Landesregierungen es ernsthaft wollten, könnten sie einen Streik an den Schulen ganz einfach verhindern: Indem sie anerkennen, dass die Forderungen der Beschäftigten berechtigt sind. Wer den Banken Milliarden hinterherwerfen kann, sollte bei den eigenen Mitarbeitern nicht das alte Lied vom armen Staat anstimmen.

In den vergangenen Jahren hat es im öffentlichen Dienst eine Tarifreform gegeben, die dazu führt, dass neu eingestellte Lehrerinnen und Lehrer im Angestelltenverhältnis bis zu einem Viertel weniger verdienen als früher. Es zeigt sich zunehmend, dass diese neue Verdienststruktur die Nachwuchsgewinnung immer schwieriger macht – und das in Zeiten eines wachsenden Lehrermangels und einer gerade erst beginnenden Pensionierungswelle im Schuldienst. Die GEW setzt sich für bessere Tarifregelungen im Schuldienst und anderen pädagogischen Bereichen ein. Sie fordert eine Entgeltordnung für Lehrkräfte, die den Anforderungen des Lehrberufs und der hohen Verantwortung für die Zukunft Ihrer Kinder gerecht wird. Andernfalls droht, dass sich immer weniger Menschen

für den Lehrerberuf entscheiden. Darunter würden auch die Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern leiden.

Bis vor wenigen Jahren war es im öffentlichen Dienst üblich, für die gleiche Arbeit auch das gleiche Geld zu zahlen – egal ob jemand in einer Bundesbehörde, bei einem Bundesland oder in einer Gemeinde beschäftigt war. Die Ländervertreter selbst – unter Herrn Möllrings Führung! – waren es, die vor ein paar Jahren die Tarifeinheit im öffentlichen Dienst auseinandergebrochen haben, weil sie für sich Vorteile davon erhofften. An den Gewerkschaften liegt es nicht, dass seit 2005 im öffentlichen Dienst immer alles doppelt verhandelt werden muss – erst mit Bund und Kommunen, dann mit den Ländern.

Im letzten Jahr wurde mit Bund und Kommunen durch einen Streik ein Tarifabschluss erkämpft. Dieses Jahr sind die Bundesländer dran. Bei den Ländern ist jeder zweite Beschäftigte im Bildungsbereich tätig, die Mehrzahl davon an Schulen. Die GEW ruft traditionell verantwortungsvoll zu Streiks auf. Prüfungsphasen werden ausgelassen, häufig werden nur ausgewählte Schulen und teilweise auch nur einzelne Schulstunden bestreikt. Der Unterrichtsausfall, der vom Arbeitgeber zu verantworten ist, weil er nicht genügend Vertretungslehrkräfte einstellt, beträgt ein Vielfaches. Ein Streik, der die Schulen außen vor ließe, würde jedoch die Arbeitgeber wenig beeindrucken.